

Reinach will handeln statt händeln

Beim Haltestellen-Streit mit dem Kanton will der Reinacher Gemeinderat nicht noch mehr Zeit verlieren

Der Reinacher Gemeinderat wirft der Baselbieter Regierung im Streit um die Umgestaltung der Hauptstrasse Verfahrensfehler vor. Er verzichtet aber auf ein rechtliches Hickhack.

BEA ASPER

«Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Entscheid der Regierung falsch ist und das Vorgehen von Regierungsrat Krähenbühl eine Verletzung der Ausstandspflicht und so schlechter politischer Stil ist.» Dies sagt Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann. Es sei ihm «unverständlich, warum der Regierungsrat das Vorgehen verteidigt, obschon auch alt Gerichtspräsident Peter Meier klar von einer Rechtsverletzung spricht».

Meier hatte gegenüber Radio DRS dargestellt, dass es nicht «ei-

«Wir sind gewillt, Vergangenes zurück zu lassen.»

URS HINTERMANN

ne Art» Ausstand gebe. Wenn man an Sitzungen teilnehme und Einfluss nehme, könne nicht mehr von Ausstand die Rede sein. Krähenbühl hatte eingeräumt, an einer Sitzung teilgenommen und Fragen gestellt zu haben. Dem Reinacher SVP-Politiker wird seit längerem vorgeworfen, er versuche bei der Um-

gestaltung der Hauptstrasse Vorteile für seine Geschäftsliegenschaft zu ergattern. Vor einem Jahr hatte Baudirektor Krähenbühl verkündet, er trete in den Ausstand, die Federführung für das Millionenprojekt liege bei der Vorsteherin des Sicherheitsdirektion. Neu aufgebrochen ist der Streit, weil die Baselbieter Regierung nun bei der Ausgestaltung der Tramhaltestelle nicht die von der Gemeinde bevorzugte Kap-Haltestelle, sondern die Variante mit der Lichtsignalanlage beschloss. Der Reinacher Gemeinderat sieht damit im Dorf einige Parkplätze mehr gefährdet als zwei Parkplätze vor Krähenbühls Geschäft.

Trotz der Vorwürfe sieht der Gemeinderat vorläufig von rechtlichen Schritten ab. «Wir wollen die verworrene Situation rund um die Tramhaltestellen-Diskussion lösen und das Projekt zur Umgestaltung der Hauptstrasse nun realisieren», betont Hintermann. Das Projekt von BLT, Kanton und Gemeinde soll im Rahmen von neuen Verhandlungen möglichst schnell überarbeitet werden.

Deshalb verzichte die Gemeinde auch darauf, ein neues, unabhängiges Gutachten einzuholen. «Dies würde nur zu weiteren Verzögerungen und Mehrkosten führen», hält Hintermann fest. So gehe es auch darum, die vom Bund in Aussicht gestellten Beiträge in Millionenhöhe nicht zu verlieren. Und die sind zeitlich

gebunden. «Wir sind gewillt, Vergangenes zurückzulassen und mit Zuversicht vorwärts zu blicken. Das erwarten wir auch vom Kanton», so Hintermann.

Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion,

«Wir wollen zu einer baldigen Lösung beitragen.»

STEPHAN MATHIS

will keine Verfahrensfehler erkennen: «In der Tatsache, dass die Sicherheitsdirektion den Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion in Kenntnis seiner Haltung und Betroffenheit zu einer Besprechung eingeladen hat, um ihm Fragen zum Gutachten zu stellen, erkenne ich als Jurist keine Verletzung der Ausstandspflicht.»

Mathis betont das Interesse des Kantons an einer guten Lösung: «Regierungsrätin Sabine Pegoraro ist sehr froh, dass die Besprechung am nächsten Dienstag stattfinden kann und dankt dem Gemeinderat dafür. Wir freuen uns auf diese klärende Besprechung und wollen zu einer guten, baldigen Lösung mit Kräften beitragen.» Und weiter verspricht er: «Die von der BFU empfohlene und vom Regierungsrat favorisierte Variante Zeitinsel mit Lichtsignalanlage führt, so sehen wir es, zu keinem Parkplatz-Verlust. Wir werden diese Punkt klären.»



STREITPUNKT Die Tramhaltestelle im Zentrum von Reinach soll anders gestaltet werden, als dies der Kanton plant. So wünscht sich das die Gemeinde Reinach. NICOLE NARS-ZIMMER